

Thesen zur Bayernwahl

EMANZIPATORISCHE LINKE BAYERN

1. Zur Landtagswahl im Allgemeinen

Selbst für bayerische Verhältnisse, in denen sich jede politische Frage im Grunde genommen darauf reduzieren lässt, ob man die CSU liebt oder hasst, war der zurückliegende Wahlkampf von einer enormen gesellschaftlichen Polarisierung geprägt. Dem Aufstieg der neofaschistischen AfD und dem Versuch der CSU, durch rechtspopulistisches Gebahren rechte Wähler*innenstimmen zurück zu gewinnen, stand ein breites gesellschaftliches Bündnis gegenüber, das regelmäßig Zehntausende gegen den Rechtsruck und für ein demokratisches, offenes und menschliches Bayern mobilisierte und CSU und AfD erfolgreich die durch rechte Themensetzung gewonnene Diskurshegemonie streitig machte. In den Umfragewerten vor der Wahl sah sich die zunehmend kopfloser agierende Staatspartei im freien Fall. Gemessen an den von fast einem Jahrhundert rechtskonservativer Hegemonie geprägten politischen Klima im Freistaat schien sich mit der Landtagswahl 2018 eine kleine Revolution anzubahnen. Auf einmal schien in einem Bundesland, in dem jede linke Opposition gemeinhin automatisch die Rolle eines politischen Pariahs einnimmt, die Möglichkeit eines Einzugs der LINKEN ins Maximilianeum gegeben.

Vergleicht man nun die Wahlergebnisse mit dem politischen Klima im Wahlkampf könnte die Diskrepanz zwischen Erhofftem und Ergebnis nicht größer sein. Zwar erhielt die CSU wie zu erwarten eine historische Wahlkatsche. Sie verlor nicht nur massiv Wähler*innen nach rechts, sondern in etwa gleich großen Teilen an Grüne und Freie Wähler. Der Wahlausgang deutet darauf hin, dass die CSU ihren Charakter als konservative Sammlungspartei langsam endgültig einbüßt hat und sich erstmals in ihrer Geschichte die Frage stellen muss, wofür sie eigentlich politisch steht. Das Auseinanderbrechen des Mitte-Rechts-Lagers bedeutet indessen kein Ende der strukturellen konservativen Mehrheit in Bayern.

Angesichts einer sich abzeichnenden CSU-FW-Koalition ist ein politischer Kurswechsel im Freistaat für die nächste Legislaturperiode kaum zu erwarten. Vielmehr ist zu befürchten, dass sich CSU und FW weiterhin von der AfD vor sich her treiben lassen und es den Neofaschist*innen damit gelingt, den politischen Diskurs der nächsten fünf Jahre maßgeblich mitzubestimmen. Der breite öffentliche Protest vor der Wahl hat sich aber auch als erfolgreiche Strategie erwiesen, dem Rechtsruck im öffentlichen Diskurs entgegenzusteuern. Eine der wichtigsten Fragen der inner- und außerparlamentarischen Opposition in den nächsten Monaten muss sein, wie sich dieser Druck nach dem Wegfall des Mobilisierungspotentials der Landtagswahl aufrecht erhalten lässt.

Auf der anderen Seite des Parteienspektrums gehen die Grünen als klarer Gewinner der Landtagswahl hervor. Diese schafften es einerseits, sich als zentrale politische Kraft eines anderen Bayerns zu inszenieren und sich in der öffentlichen Wahrnehmung an die Spitze der Anti-CSU-Proteste zu stellen. Auf der anderen Seite boten sie auch eine glaubwürdige und vernünftige Alternative für enttäuschte CSU-Wähler*innen. Realpolitisch rücken die Grünen damit entgegen ihrer Inszenierung im Wahlkampf weiter in Richtung einer liberal-konservativen Partei der bürgerlichen Mitte mit politischer Anschlussfähigkeit an CSU und FW. Dem durchschlagenden Erfolg der Grünen steht der dem Bundestrend folgende Absturz der SPD als traditionell zweitstärkster politischer Kraft in Bayern gegenüber. Insgesamt lässt sich auf Seiten von Mitte-Links also eher ein Trend zur Mäßigung feststellen, der keineswegs der aufgeladenen Stimmung im Wahlkampf entspricht.

Damit zusammen hängt eine regelrechte Aufkündigung der sozialen Frage als zentrales Thema im Wahlergebnis. Im Programm der Grünen nimmt diese nur eine untergeordnete Rolle ein, während die SPD auf diesem Gebiet immer unglaubwürdiger erscheint. Profiteur sozialer Unzufriedenheit ist hingegen immer mehr die AfD, die sich zunehmend mit einer chauvinistischen Thematisierung der sozialen Frage in Form einer hierarchischen und exkludierenden Volksgemeinschaftsideologie profiliert. Insgesamt lässt sich eine gewisse Diskrepanz zwischen politischer Stimmung im Wahlkampf und Wahlergebnis feststellen. Dort, wo sich in den außerparlamentarischen Protesten während des Wahlkampfes die Perspektive eines wirklich anderen Bayerns eröffnete, die die Behebung sozialer Missstände im Land mit progressiven Forderungen nach einem grundsätzlichen Kurswechsel in Richtung mehr Menschlichkeit und individueller Freiheiten verknüpfte, klafft im neu gewählten Landtag eine Lücke. Die Partei, die diese Lücke programmatisch ausfüllen könnte, wird dort in der nächsten Legislaturperiode jedoch leider nicht vertreten sein.

2. Zur LINKEN in der Landtagswahl

Auch wenn das Wahlergebnis der LINKEN unter den Erwartungen blieb, die in den letzten Wochen vor der Wahl durch Umfrageergebnisse an der 5-Prozent-Hürde genährt wurden, konnte die LINKE durchaus um 1,1 Prozent und damit ein gutes Drittel, in Wähler*innenstimmen sogar um 73,6 Prozent gegenüber 2013, deutlich zulegen. Obwohl wir immer noch ein personelles Problem mit der Aktivität in der breiten Fläche des Landes haben, konnten wir erstmalig in alle sieben Bezirkstage einziehen. Auch sonst wächst die LINKE in Bayern über ihr politisches Nischendasein hinaus. Unsere Mitgliederzahl hat etwa um ca. 1.500 Mitglieder seit 2017 (gegenüber ca. 2.500 Mitgliedern zuvor) zugelegt. Das Wahlergebnis der Bundestagswahl 2017 zeigt, dass wir in Bayern durchaus ein Potential über der Fünf-Prozent-Hürde entwickeln können. Weniger messbar und daher etwas subjektiv haben wir auch den Eindruck, in Presse und Öffentlichkeit immer mehr als ernstzunehmende politische Kraft im Land wahrgenommen zu werden. Wo wir früher vor allem als „Mauermörder“ beschimpft wurden, schlagen uns jetzt deutliche Sympathien entgegen. Für die LINKE war diese Wahl damit durchaus ein – wenn auch bescheidener – Erfolg. Wir haben gemeinsam eine gute Basis geschaffen, auf der sich aufbauen lässt. Richtig ist allerdings auch, dass es für den Einzug in den Landtag nicht gereicht hat.

Die Ursache dafür liegt zum Teil auch an Faktoren begründet, auf die wir keinen direkten Einfluss haben. Die Polarisierung und klare Lagerbildung in diesem Wahlkampf verstärkte etwa den Effekt des „strategischen Wählens“, also der Praxis, die eigene Stimme lieber dem „geringeren Übel“ zu geben als seine Stimme an eine Partei mit geringer Aussicht auf Erreichen des Quorums zu „verschenken“. Zwar wurden wir in Wahlumfragen zuletzt knapp an der Fünf-Prozent-Grenze gehandelt. Diese Werte reichten aber nicht aus, um genügend potentielle oder vergangene LINKE-Wähler*innen davon zu überzeugen, von dieser Wahlpraxis Abstand zu nehmen.

3. Unsere Aufgaben für die Zukunft

Mit unserer Kampagne "Mehr für die Mehrheit" setzten wir vor allem auf unser Kernthema der sozialen Gerechtigkeit. Hier konnten wir auch in Bayern ein klares und vor allem glaubwürdiges Profil entwickeln und uns von den anderen Parteien positiv abheben – erwähnt sei etwa der durchschlagende Erfolg des maßgeblich von uns initiierten Volksbegehrens gegen den Pflegenotstand. Im Wahlkampf hatte diese Fokussierung auf ein Kernthema allerdings den Nebeneffekt, dass wir teilweise als Nischenpartei für Soziales wahrgenommen wurden. In anderen wichtigen Themenbereichen zeigten wir zwar mehr Profil als in vorangehenden Wahlkämpfen, aber uns fehlte uns ein großes Narrativ im Sinne einer ganzheitlichen Vision für ein anderes Bayern. Dies wird vor allem im Vergleich mit den Grünen deutlich, die es konträr zu ihrer fortschreitenden Umorientierung in Richtung Mitte schafften, sowohl die Unzufriedenheit ehemaliger SPD-Wähler*innen als auch die Proteststimmung im Land komplett für sich aufzusaugen. Klar sollten wir nicht einfach die Grünen kopieren. Gerade vor dem Hintergrund, dass das Thema in der nächsten Legislaturperiode im Parlament wohl eher stiefmütterlich behandelt werden wird, braucht es eine Stimme für soziale Gerechtigkeit in Bayern. Das Thema sollte aber in einen größeren Entwurf eingebettet werden, in dem etwa Fragen nach individuellen Freiheitsrechten und individueller Lebensführung, demokratischer Mitbestimmung, sozialer Inklusion und Teilhabe oder einer sozial-ökologischen Modernisierung des Landes als gleichberechtigte Bausteine eines großen Ganzen mit einbezogen sind.

Die thematische Ausweitung sollte sich auch stärker in unserer personellen Aufstellung widerspiegeln. Mit Eva Bulling-Schröter und Ates Gürpınar hatten wir im Wahlkampf zwar ein sehr gutes Spitzenteam, das an unterschiedliche Wähler*innengruppen appellierte und die Diversität unserer Gesellschaft sichtbar machte. Dies setzte sich jedoch nicht immer in unserer weiteren Listenbesetzung fort. Ein Schlüssel für eine solche Diversität liegt im Mitgliederwachstum unserer Partei im letzten Jahr. Hier zeichnet sich eine inhaltliche und personelle Ausweitung unserer Basis ab, die es positiv zu nutzen und zu fördern gilt. Das beinhaltet nicht nur die Betreuung und Unterstützung der Neumitglieder beim Sammeln politischer Erfahrung, sondern vor allem auch das Schaffen von Räumen, in denen Neumitglieder ihre eigenen Vorstellungen und Projekte entwickeln und einbringen können, sowie eine Bereitschaft der "Alten Garde", im Zweifelsfall zugunsten jüngerer Mitglieder mit anderen Vorstellungen und Interessen Platz zu machen.

Der zurückliegende Wahlkampf hat auch gezeigt, wie wichtig soziale Bewegungen und Initiativen von unten zur Veränderung des politischen Klimas im Land sind. DIE LINKE war in diesen Bewegungen als Teil der Protestbündnisse von Anfang mit dabei und gut sichtbar. Innerparteiliche Querelen in für die Proteste zentralen Fragen wie etwa nach Migration und offenen Grenzen, boten allerdings durchaus auch Anlass zu Skepsis uns gegenüber. Auch wenn etwa unsere Spitzenkandidat*innen hier durchaus deutliche Positionen bezogen, zeigte sich das Gesamtbild der bayerischen LINKEN in der Außensicht oft uneinheitlich. Um weiterhin als verlässlicher Teil der außerparlamentarischen Opposition wahrgenommen zu werden, wäre eine klarere Haltung diesbezüglich unerlässlich. In Hinblick auf zukünftige Wahlen, etwa die kommenden Kommunalwahlen 2020, reicht es darüber hinaus auch nicht aus, nur Partei in Bewegungen zu sein. Als potentieller realpolitischer Akteur könnte DIE LINKE außerparlamentarischen Bewegungen verstärkt als

Plattform dienen, um ihre Anliegen direkt in die Parlamente zu tragen. Versuche einer Instrumentalisierung der Arbeit außerparlamentarischer Akteure sollten dabei klar vermieden werden. Wichtig ist Dialogbereitschaft, Begegnung auf Augenhöhe und eine Öffnung der Partei für soziale Bewegungen und ihre Akteur*innen, etwa durch ein verstärktes Setzen auf offene Listen in zukünftigen Wahlen oder die Einführung offener Büros vor Ort.